

Wladimir Kolossowsky, ein ehemaliger russischer Generalstabsobers, publizierte 1927 in den „*Militärwissenschaftlich Technischen Mitteilungen*“ einen Artikel über die Rote Armee der Sowjetunion. Darin zog er das Fazit: Die Sowjetunion propagiere das Bild, über ihre Grenzen hinaus eine große politische und militärische Offensive führen zu können. Gegenwärtig sei aber

verblasen ließ. Auch Österreich-Ungarn musste inmitten des Krieges seinen kommunistischen Nachbarn neu bewerten. Die Frage war, ob die Russische Revolution Auswirkungen auf die Stabilität des habsburgischen Hinterlandes sowie vor allem auf die an Russland angrenzenden Okkupationsgebiete im Osten hatte – hier ging es hauptsächlich um die Stabilität der besetzten Ukraine.

„MAN MUSS SICH HÜTEN, RUSSLAND NACH MITTELEUROPÄISCHEN MASSSTÄBEN ODER NACH ZEITUNGSNACHRICHTEN VERALLGEMEINERND ZU BEURTEILEN“¹

EINSCHÄTZUNGEN DES K. U. K. ARMEEOVERKOMMANDOS ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN DER RUSSISCHEN REVOLUTION 1917

Thomas Edelmann

weder die Armee dazu in der Lage, noch habe der Kommunismus eine starke Anziehungskraft auf die Nachbarstaaten Russlands. Die Rote Armee und auch die Ideologie des Kommunismus stellen daher keine Bedrohung mehr dar.² Als Kolossowskys Fazit in den „*Militärwissenschaftlich Technischen Mitteilungen*“ erschien, jährte sich die Machtergreifung der Bolschewiki durch die Russische Revolution zum zehnten Mal. Kolossowsky konnte aus der Erfahrung urteilen, dass sich die Russische Revolution des Oktobers 1917 zu keiner gesamteuropäischen Revolution entwickelt hatte, ganz entgegen der Hoffnung Wladimir Lenins (1870–1924), des Vorsitzenden der Bolschewiki.

Ende 1917, inmitten des Ersten Weltkrieges, existierte ein solches Wissen in den kriegführenden Staaten natürlich noch nicht. Die Umwälzungen in Russland zeigten zunächst, mit welcher Kraft die kommunistische Revolution die dreijährigen Kriegsanstrengungen Russlands

Das revolutionäre Russland seit der Februarrevolution 1917

Die kommunistische Umwälzung in Russland war eine Fortsetzung der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution. Beide Revolutionen verschmolzen letztendlich zu einem revolutionären Prozess.³ Die Wurzeln der Russischen Februarrevolution liegen in einer länger andauernden Unzufriedenheit der Bevölkerung gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen System des Zarenreiches. Diese Unzufriedenheit wurde durch die Lebensmittelnot während des Krieges verschärft, wobei die festgefahrenen russischen Fronten auch kein Ende der Kämpfe erwarten ließen. In der Februarrevolution wurde Zar Nikolaus II. (1868–1918) am 15. März 1917 (nach dem in Westeuropa gültigen Gregorianischen Kalender) zum Abdanken gezwungen. Die kriegsmüden russischen Soldaten weigerten sich daraufhin, an etlichen Frontabschnitten weiter anzugreifen. Auch für die österreichisch-ungarischen Soldaten war die Situation nach dem 15. März an der Ostfront äußerst unklar, weshalb zunächst Sturmtruppen die Lage in den russischen Gräben erkundeten. Seit April herrschte aber nahezu an allen Frontabschnitten Waffenruhe. Die an der Front gebildeten russischen Soldatenräte traten mit den Nachrichtendiensten der

1 Österreichisches Staatsarchiv, Kriegsarchiv, Wien (im Folgenden: KA), Feldakten, Armeeoberkommando, Quartiermeisterabteilung (im Folgenden: FA, AOK, QuAbt), Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeeoberkommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.132, 18. Juli 1918: Zustände in Russland und ihre mögliche Weiterentwicklung.

2 Wladimir Kolossowsky, Die Rote Armee der Sowjetunion, in: *Militärwissenschaftliche und Technische Mitteilungen*. Herausgegeben vom österreichischen Bundesministerium für Heerwesen, LVII. Jahrgang, Wien 1927, S. 184–188, hier: S. 188.

3 Heiko Haumann, Vorwort, in: Heiko Haumann (Hg.), *Die Russische Revolution 1917*, Köln – Weimar – Wien 2007, S. 11–16, hier: S. 13.

Mittelmächte über die Bedingungen eines provisorischen Waffenstillstandes in Verhandlungen. Im Mai 1917 legten die Heeresleitungen der Mittelmächte die tatsächlichen Bedingungen fest: die Einstellung der Feindseligkeiten genau an jener Linie, die gerade gehalten wurde, und die Mittelmächte würden darauf verzichten, ihre Truppen für einen Angriff auf Russland zu verstärken. Aufgrund der positiven Kriegslage der Mittelmächte an der russischen Front gab es ihrerseits aber keine Eile, diese Bedingungen mit Russland auch tatsächlich auszuverhandeln. Vielmehr sollte der weitere Zerfall der russischen Armee abgewartet werden, um womöglich noch bessere Verhandlungsergebnisse für den Friedensschluss erzielen zu können. Die bürgerlich-demokratische Regierung Russlands beschloss daraufhin im Mai 1917, an der Seite der Entente den Krieg fortzusetzen. Der Kriegs- und Marineminister Alexander Kerenski (1881–1970) war Teil dieser Regierung. Durch vermeintliche Armeereformen konnte er die Soldaten sogar kurzfristig auf eine neue Offensive einschwören. Ziel der Kerenski-Offensive im Juli 1917 war es, mit einem Angriff Russland aus seiner riskanten militärischen Lage zu befreien und dem drohenden Gebietsverlust vorzubeugen.⁴ Trotz anfänglicher Erfolge der Offensive



Eine Verbrüderungsszene an der russischen Front 1917: Österreichisch-ungarische Soldaten tragen die Kopfbedeckungen der Russen – russische Soldaten tragen die Kopfbedeckungen der österreichisch-ungarischen Soldaten (HGM)

verstärkten sich die Auflösungserscheinungen des russischen Heeres. Bei den Offizieren und Unteroffizieren, aber auch bei den Mannschaftspersonen herrschte gleichermaßen Disziplinlosigkeit. Die postrevolutionären innenpolitischen Wirren Russlands zwischen der neuen Regierung und der zaristischen Reaktion fanden in den Schützengräben ihren Widerhall.⁵

4 Bundesministerium für Landesverteidigung (im Folgenden: BMLV) – Kriegsarchiv (Hg.), Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914–1918, Bd. 6: Das Kriegsjahr 1917, Wien 1936, S. 94f., S. 213–231.

5 KA, Militärische Nachlässe (im Folgenden: NL), 162 (B)-8, Alexander Freiherr von Krobotin, k. u. k. Armeekommando, Op.-Abt.,

Dieses revolutionäre Chaos wurde vom radikalen Flügel der Revolutionäre, genannt Bolschewiki, genutzt. Die Bolschewiki propagierten militärisch den sofortigen Kriegsausritt, wirtschaftlich die Nationalisierung von Schlüsselbetrieben und Banken sowie politisch den Sowjet-Staat. Der Sowjet-Staat sollte ausschließlich von Arbeiter- und Soldatenräten, dem Sowjet, gelenkt werden. Sie würden die Diktatur des industriellen Proletariats, der besitzlosen Arbeiterklasse, garantieren. Der einzige Weg, dies zu erreichen, war eine neuerliche Revolution, denn das bürgerlich-demokratische Regierungsmodell, das der Februarrevolution entstammte, basierte auf einer konstituierenden Versammlung, welche weiterhin die besitzende Klasse einbezog. Gerade sie wäre, so die Argumentation der Bolschewiki, an der Weiterführung des Krieges interessiert.⁶

Dreh- und Angelpunkt der bolschewistischen Beweisführung gegen die bürgerlich-demokratische Regierung war deren Festhalten am Krieg. Als Ankläger brachten die Bolschewiki ihren Vorsitzenden Wladimir Lenin in Position, der im April 1917 mithilfe Deutschlands aus dem Schweizer Exil nach Russland gebracht werden konnte. Im Exil hatte Lenin zahlreiche Schriften verfasst, die den

Imperialismus und den Krieg in direkten Bezug zum kapitalistischen Wirtschaftssystem der „herrschenden Klassen“ setzten.⁷ Er argumentierte: Die bürgerlich-demokratische Regierung habe mit der Weiterführung des Krieges die imperialistische und volksfeindliche Politik des Zaren übernommen. Sie bringe nur den Kapitalisten Vorteile. Um das vom Krieg genährte kapitalistische System aufrechtzuerhalten, so argumentierte Lenin, würden alle „fortgeschrittenen kriegführenden Staaten“ besondere Gesetze verabschieden. Diese zwangen

das Volk trotz aller Entbehrungen des Krieges weiterhin zur Arbeit.⁸ Ob Lenin bei der Entwicklung dieser

Reden der Generale Kornilow und Alekssejew (gewesene Armeekommandanten) in der Reichskonferenz zu Moskau im August 1917, S. 1–16.

6 O. A., Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken, o. O. 1918, S. 4.

7 Wladimir Iljitsch Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.), Wladimir Iljitsch Lenin, Bd. 22, Berlin 1960, S. 189–309, hier: S. 194.

8 Wladimir Iljitsch Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim

Theorie auch die österreichisch-ungarischen Verhältnisse beurteilte, sei dahingestellt. Tatsache ist jedoch, dass am 25. Juli 1914 das Kriegsleistungsgesetz in Kraft trat, welches mit dem Streikverbot den Arbeitszwang festschrieb.⁹

Das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ vom 24. Juli 1917 erlaubte es dem Habsburgerstaat zusätzlich, jegliche Verfügungen zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft für Cisleithanien zu treffen.¹⁰

Die seit der Februarrevolution anhaltende moralische und materielle Krise der russischen Bevölkerung schien Lenins bolschewistischer Argumentation gegen die regierende „herrschende Klasse“ sogar Recht zu geben. Entweder die Gesellschaft gehe im kapitalistischen System der bürgerlich-demokratischen Regierung unter, so Lenin, oder sie vertraue ihr Schicksal der revolutionären Klasse der Proletarier an. Diese werden endlich im Sinne des Volkes handeln. Für seine Argumentation hatte Lenin eine Menschheitsgeschichte entwickelt, die einem unabwendbaren Ablauf folgen würde. In diesem Ablauf war der Imperialismus das höchste und zugleich letzte Entwicklungsstadium des Kapitalismus.¹¹ Der imperialistische Erste Weltkrieg sei daher der „Vorabend der sozialistischen Revolution“, die den Sowjet-Staat begründen werde. Voraussetzung sei aber der sofortige Friedensschluss, denn die bürgerlich-demokratische Regierung folge mit der imperialistischen Kriegführung auch der alten Ordnung, in welcher der Staat mit seinen Kapitalisten auf Kosten der besitzlosen Klasse profitiere. Als Beweis führte Lenin die „unsinnige imperialistische „Offensive““ von Kerenski im Sommer 1917 an. Während sie Hunderttausende Soldaten in den Tod und Russland einen Schritt näher in den Untergang führte, so Lenins Urteil, blieben wichtige Reformen für das Wohl des Volkes

„auf dem Gebiet der Schifffahrt, der Landwirtschaft, der geologischen Schürfungen“ auf der Strecke, obwohl gerade nach der Februarrevolution die Bedingungen dafür gut gewesen wären.¹²



Zusammenstoß zwischen Anhängern Lenins und Kerenskis in St. Petersburg (HGM)

Kurzum: Die Kommunisten unter Lenin suchten den Feind nicht an den Fronten, sondern unter den kriegführenden Kapitalisten und der Regierung im eigenen Land. Lenin erwartete, dem Beispiel Russlands folgend, eine solche Suche in ganz Europa, was demnach auch zu einer Erhebung des Proletariats in Österreich-Ungarn führen sollte.¹³ Diesbezüglich verfolgte Lenin eine Theorie, welche die sozialistische Internationale, der globale Zusammenschluss der sozialistischen Parteien Europas, bereits Jahrzehnte zuvor propagiert hatte: Um Kriege zu vermeiden, sollte die Arbeiterschaft im Hinterland streiken, denn dies werde die imperialistischen Großmächte und die Kapitalisten daran hindern, ihn weiterzuführen.¹⁴

Das Gespenst des Kommunismus im Hinterland der Habsburgermonarchie

Am 12. März 1917, drei Tage vor der Absetzung des Zaren Nikolaus II. durch die bürgerlich-demokratische Februarrevolution, setzte Kaiser Karl I. (1887 – 1922) die Zusammenkunft des Reichsrates für Ende Mai 1918 fest. Es sollte die erste Zusammenkunft seit dem 16. März 1914 werden. Die neuerliche Einberufung war zwar keine Folge der Revolution, dennoch musste Kaiser Karl die Auswirkungen

ZK der SED (Hg.), Wladimir Iljitsch Lenin Werke, Bd. 25, Berlin 1981, S. 327 – 377, hier: S. 337, S. 375.

9 Günther Kronenbitter, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906 – 1914 (= Studien zur Internationalen Geschichte, hg. v. Wilfried Loth – Anselm Doering-Manteuffel – Jost Dülffer – Jürgen Osterhammel, Bd. 13, München 2003), S. 228.

10 O. A., Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder, CXXX. Stück. – Ausgegeben und versendet am 27. Juli 1917, S. 739 – 743.

11 O. A., Fünfzig Jahre Kommunistische Partei der Sowjetunion 1903 – 1953, Moskau 1953, S. 17f.

12 Lenin, Die drohende Katastrophe, S. 335, S. 370f.

13 Ebd., S. 374.

14 Wolfgang Kruse, Socialism and the challenge of the Balkan Wars 1912 – 1913, in: Dominik Geppert – William Mulligan – Andreas Rose (Hg.), The Wars before the Great War. Conflict and International Politics before the Outbreak of the First World War, Cambridge 2015, S. 359 – 372, hier: S. 369.

der Februarrevolution in seine politischen Pläne für die Monarchie miteinbeziehen. Denn diese wirkte bereits über die Grenzen des ehemaligen Zarenreiches hinaus. Die Regierenden sowie auch das k. u. k. Armeekommando ließen erhöhte Vorsicht walten, um revolutionäre Umtriebe an der Front und im Hinterland sofort zu ersticken. Neben der Gefahr der Fraternisierung in den Schützengräben mit bolschewistisch gesinnten russischen Soldaten wurde im Hinterland und im Reichsrat den radikalen politischen Elementen der Sozialdemokratie sowie den Vertretern der unterschiedlichen Nationalitäten revolutionäres Potenzial nachgesagt. Besonders negativ auf die innere Stabilität der Habsburgermonarchie konnte sich die bolschewistische Forderung an die bürgerlich-demokratische Regierung Russlands auswirken, die Völker des ehemaligen Zarenreiches selbst über Krieg und Frieden entscheiden zu lassen. Diesen Appell richteten die Bolschewiki nicht nur gegen die bürgerlich-demokratische Regierung in Russland, sondern sie versuchten ihn auch über die Grenzen hinauszutragen, um die „proletarische Weltrevolution“¹⁵ auszulösen.¹⁶ Für das Vielvölkerreich Österreich-Ungarn war dieser bolschewistische Aufruf an die Völker gerade in der Zeit der Zusammenkunft des Reichsrates eine nicht zu unterschätzende Bedrohung für dessen Zusammenhalt.

Im Jänner 1918 schien sich die Hoffnung Lenins auf die „proletarische Weltrevolution“ zunächst aber in ganz anderer Weise zu verwirklichen, denn auf den Straßen der Habsburgermonarchie trat nun ebenfalls das Gespenst des Kommunismus auf. Im Jänner brachen große Streiks aus, die vorwiegend von der heimischen Arbeiterschaft getragen wurden. Diese sogenannten Jännerstreiks hatten ihren Ursprung in der Kürzung der Mehlquote, gewannen aber revolutionäres Potenzial, sodass sie letztendlich konkrete Forderungen zum Friedensschluss transportierten. Diese innenpolitisch heikle Situation hatte Auswirkungen auf die zeitgleich stattfindenden Verhandlungen in Brest-Litowsk, wo die Mittelmächte seit Dezember 1917 mit Russland und gesondert mit der von Russland

unabhängig gewordenen Ukraine verhandelten. Die Demonstranten an der Heimatfront bezweifelten den Willen der österreichisch-ungarischen Regierung, Frieden schließen zu wollen, und forderten einen schnellen annexionslosen Frieden. Diese Forderung war in der sozialistischen Arbeiterschaft ein oft berufenes Schlagwort, das in der Russischen Oktoberrevolution 1917 mit der Parole „Friedenschluss ohne *Annexionen und Kontributionen*“ seinen Anfang nahm.¹⁷ Im Jännerstreik fand diese Parole ihre Fortsetzung in Österreich-Ungarn. Lenin ließ daraufhin die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk verzögern, um abzuwarten, ob in Österreich-Ungarn eine proletarische Revolution nach dem Vorbild Russlands ausbrechen würde.¹⁸ Während am 9. Februar 1918 die von Russland unabhängig erklärte Ukraine den sogenannten „Brotfrieden“ von Brest-Litowsk ratifizierte, verließ Russland einen Tag später den Verhandlungstisch, um sich noch einen Monat lang in „phantastischen europäischen Agitations- und Revolutionierungsträumen“ zu verlaufen.¹⁹



Die Unterzeichnung des Friedensvertrages am 9. Februar 1918, um 02:20 Uhr (HGM)

Die österreichisch-ungarische Delegation in Brest-Litowsk musste letztendlich aufgrund der innenpolitisch riskanten Situation in der Habsburgermonarchie große Zugeständnisse an die Ukraine machen. Zu groß war die Befürchtung, die Bolschewiki könnten ihre Genossen an der österreichisch-ungarischen Heimatfront mobilisieren,

15 Lenin, Die drohende Katastrophe, S. 375.

16 Manfred Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918, Wien – Köln – Weimar 2013, S. 730–738.

17 BMLV – Kriegsarchiv (Hg.), Österreich-Ungarns letzter Krieg, Bd. 6, S. 217.

18 Hans Übersberger, Die russische Revolution, Bd. I, Wien 1918, S. 16.

19 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.132, 18.07.1918, Zustände in Russland und ihre mögliche Weiterentwicklung.

um den Friedensschluss revolutionär zu erzwingen. Dass die Bolschewiki wegen des sofort ausgerufenen Waffenstillstandes besonders attraktiv für die kriegsmüden Soldaten und die ebenso kriegsmüde Bevölkerung waren, blieb auch den Regierenden in der Habsburgermonarchie nicht verborgen.²⁰ Das radikale Potenzial des Jännerstreiks versiegte aber auch deswegen an der Heimatfront, da hier die führenden österreichischen Sozialdemokraten als Mediatoren zwischen den Streikenden, den gebildeten Arbeiterräten und der Regierung auftraten.²¹

Diese heikle Situation im Jänner 1918 hinterließ bleibenden Eindruck in Österreich-Ungarn. In den folgenden Monaten publizierten militärische Beobachter sowie die Nachrichtenabteilung des k. u. k. Armeeeoberkommandos Berichte über die Revolution und stellten Analysen der gegenwärtigen Lage Sowjetrusslands an. Dabei gingen sie allgemeinen Fragen nach, warum die kommunistische Revolution in Russland ausbrechen konnte, ob eine solche proletarische Revolution in Österreich-Ungarn denkbar wäre und warum sich die junge Sowjetregierung noch immer behaupten konnte. Die Beobachter beschwichtigten, dass Russland nicht mit mitteleuropäischen Maßstäben zu messen wäre,²² denn der russische Bauernstand weise eine ganz andere Struktur auf als jener in Österreich-Ungarn: Die Hauptursachen der Russischen Oktoberrevolution wären in der Leibeigenschaft und der Lösung der Agrarfrage zu suchen.²³ Neben der bolschewistischen Argumentation für den Frieden schaffte die Revolution den gutsherrlichen Grundbesitz ab und übergab die Ländereien an die Bauern. Sie gaben der Revolution eine solide breite Basis.²⁴ Ein Bericht der Nachrichtenabteilung des k. u. k. Armeeeoberkommandos über die „Zustände in Russland und ihre mögliche Weiterentwicklung“ geht im Juli 1918 ins Detail: Trotz der teils gewaltsamen politischen Wirren hätten die Sowjets die Lage der großen Masse der Bevölkerung verbessert. Diese Masse waren vormals die Soldaten, welche nun, nachdem sie nach dem einseitigen Kriegsausritt Russlands am 10. Februar 1918 von der Front heimgekehrt waren, Bauern waren. Sie wären das Fundament der russischen Bevölkerung. Seit der Oktoberrevolution war die persönliche Abhängigkeit der Bauern durch das Ende der Leibeigenschaft getilgt und durch die anschließende Bodenreform bekamen sie zudem mehr Land zum Bewirtschaften, als sie vor dem Krieg

gehabt hatten. Deswegen lebten 90% der Bevölkerung, so der Bericht der Nachrichtenabteilung, in einem „*primitiveren aber viel behaglicheren Urzustand des Daseins*“.²⁵ Da die Masse der russischen Bauern durch ihre Bedürfnislosigkeit charakterisiert wäre, interessiere sie sich weder für den Warenverkehr noch für innenpolitische Vorgänge. Die Landverteilung nach der Oktoberrevolution gäbe ihnen genau das, was sie für ihre Existenz brauchten, gleich ob das bewirtschaftete Land ihr Eigentum sei oder dem bolschewistischen Staat gehöre. Den russischen Bauern gehe es durch die unklaren Verhältnisse im Land sogar ausgesprochen gut, weshalb sie gar nicht an geordneten politischen Verhältnissen interessiert seien, so der Bericht der Nachrichtenabteilung des k. u. k. Armeeeoberkommandos abschließend. Während nun Russland durch diesen schwachen Bauernstand charakterisiert sei, der als passive Masse den Sowjets half, die Gegenrevolution zu überwinden,²⁶ existiere in der Habsburgermonarchie ein kräftiger und selbstbewusster Bauernstand. Er werde einer proletarischen Umwälzung niemals eine solch breite Basis geben.²⁷

Die Ukraine als „besetzter Freundstaat“

Auch wenn die Beobachtungen für den Kontext des österreichisch-ungarischen Hinterlandes beschwichtigend waren und sie dort keinen Erfolg für eine kommunistische Revolution erkennen ließen, so okkupierte Österreich-Ungarn mit seiner Armee enorme Gebiete in Osteuropa, welche direkt an der Grenze zu Russland lagen. Nach der erfolgreichen Schlacht von Gorlice-Tarnów und dem tiefen Vorstoß in russisch-polnisches Gebiet verwaltete das k. u. k. Etappenoberkommando seit 1. Oktober 1915 das Generalgouvernement Lublin.²⁸ Seit 6. Dezember 1916 war die k. u. k. Armee zusammen mit bulgarischen, osmanischen und deutschen Truppen an der Okkupation Rumäniens beteiligt.²⁹ In kein anderes Land wurden aber solche Erwartungen gesetzt wie in die

20 O. A., Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken, S. 29.

21 Lothar Höbelt, „Stehen oder Fallen?“. Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg, Wien – Köln – Weimar 2015, S. 211 – 215.

22 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeeeoberkommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.132, 18.07.1918, Zustände in Russland und ihre mögliche Weiterentwicklung.

23 O. A., Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken, S. 16.

24 O. A., Fünfzig Jahre Kommunistische Partei der Sowjetunion 1903 – 1953, Moskau 1953, S. 18 – 21.

25 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeeeoberkommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.132, 18.07.1918, Zustände in Russland und ihre mögliche Weiterentwicklung.

26 Ebd.

27 O. A., Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken, S. 16.

28 Rudolf Mitzka, Die k. u. k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, in: Hugo Kerchnawe u. a. (Hg.), Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten (= Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, hg. v. Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte, Wien – New Haven 1928), S. 8 – 53, hier: S. 9f.

29 Tamara Scheer, Zwischen Front und Heimat: Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg (= Neue Forschungen zur ostmittel- und südeuropäischen Geschichte, Bd. 2, Frankfurt am Main – Wien 2009), S. 44.

Ukraine. Ihre Besetzung durch die Mittelmächte im Februar 1918 stand zudem in besonders enger Verbindung mit den Auswirkungen der Russischen Oktoberrevolution von 1917.³⁰ Nachdem die Ukraine im Juni 1917 ihre Autonomie innerhalb des Russischen Reiches erklärt hatte, rief die Rada, das ukrainische Parlament, am 20. November 1917 die Ukrainische Volksrepublik aus. Sie sagte sich somit von Russland los. Die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit durch die Mittelmächte war der Ukraine im „Brotfrieden“ von Brest-Litowsk enorme Mengen an Lebensmitteln wert.³¹ Österreich-Ungarn legte im Gegenzug überhöhte wirtschaftliche Erwartungen in diesen „Brotfrieden“, denn zur Zeit des Vertragsabschlusses litt es an enormer Lebensmittelnot. Berechnungen zufolge würde die Ukraine im Frieden durch ihren produzierten Überschuss den gesamten Rohstoffbedarf der Mittelmächte decken.³²

Zwar riefen die Bolschewiki Russlands unter Lenin schon am 15. November 1917 das Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten des ehemaligen Zarenreiches aus, jedoch war ihr Ziel nicht die Bildung von Nationalstaaten an den Rändern der ehemaligen russischen Peripherie. Die Ausrufung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch Sowjetrußland war ein Mittel im Kampf für ihren Sozialismus und es war diesem auch untergeordnet. Das Ziel der Bolschewiki war ein zentralisierter sozialistischer Staat, in dem sich auch die ehemaligen Randgebiete des vergangenen Zarenreiches wiederfanden.³³

Während die Mittelmächte nun mit der Ukraine in Verhandlungen über einen Separatfrieden traten, besetzten die russischen Bolschewiki die wichtigsten Städte samt den wichtigen Bahnknotenpunkten der unabhängigen

Ukraine.³⁴ Just am Tag der Unterzeichnung des „Brotfriedens“ am 9. Februar 1918 ging Kiew verloren. Einen Tag später, am 10. Februar 1918, erklärte der russische Chefverhandler Leo Trotzki (1879–1940) das Kriegsende für Russland, ohne die Friedensverhandlungen fortzuführen.³⁵ Trotz der anschließenden Demobilisierung Russlands war es der unabhängigen Ukraine nicht möglich, die bolschewistischen Truppen im Land eigenständig zu vertreiben. Die Rada musste am 16. Februar den österreichischen Außenminister Ottokar Czernin (1872–1932) um militärische Unterstützung bitten. Die im „Brotfrieden“ rein vertragsmäßig festgelegten Lebensmittellieferungen, wandelten sich nun in eine militärische Besetzung des Landes.

Trotz der Anwesenheit der österreichisch-ungarischen Truppen auf ukrainischem Gebiet konnte für das k. u. k. Armeekommando in den offiziellen Manuskripten von einer „*militärischen Verwaltung überhaupt keine Rede sein*“.³⁶ Die Ukraine galt als „*besetzter Freundstaat*“,³⁷ denn der Einmarsch erfolgte auf Bitte der ukrainischen Regierung mit dem Ziel, die Ruhe und Ordnung vor sowjetischer Agitation oder Sabotage aufrechtzuerhalten.



Auf dem Weg nach Odessa: Sabotage durch Bolschewiki-Banden an den Schienen zwingen österreichisch-ungarische Sturmtruppen zu einem Aufenthalt in der ukrainischen Ebene (HGM)

30 Alfred Krauß – Franz Klingenbrunner, Die Besetzung der Ukraine, in: Kerchnawe u. a. (Hg.), Militärverwaltung, S. 359–392, hier: S. 364.

31 Georgij Kasianov, Die Ukraine zwischen Revolution, Selbstständigkeit und Fremdherrschaft, in: Wolfram Dornik – Georgij Kasianov – Hannes Leidinger u. a. (Hg.), Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–1922 (= Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, hg. v. Stefan Karner, Sonderband 13, Graz – Wien 2011), S. 131–179, hier: S. 131–155.

32 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2636, Ukraine Akten, Nr. 16.439, 17.03.1918, k. u. k. öst-ung. Beigeordneter bei der deutschen Landesverwaltung in der Dobrudscha.

33 Bogdan Musial, Die Ukrainepolitik des bolschewikischen Russlands, 1917–22, in: Dornik – Kasianov – Leidinger u. a. (Hg.), Ukraine, S. 367–389, hier: S. 369.

34 Krauß – Klingenbrunner, Die Besetzung der Ukraine, S. 361–363, S. 77.

35 Höbelt, „Stehen oder Fallen?“, S. 217.

36 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2175, Nr. 119.083, k. u. k. Armeekommando, Chef des Generalstabes, 18.08.1918, Darstellung der materiellen Lage der Armee im Felde, Beilage 6, Verwaltungstätigkeit in den okkupierten Gebieten, S. 4.

37 Scheer, Zwischen Front und Heimat, S. 50.

Die politische Verwaltung der jungen Ukraine oblag weiterhin den ukrainischen Behörden. Die k. u. k. Besatzungsarmee sah ihre Aufgabe allerdings in der Unterstützung der Behörden, was bedeutete, die „Durchführung jener Anordnungen derselben zu überwachen, event[uell] zu erzwingen, die auf die Aufbringung der vertragsmässig [sic!] zu liefernden Lebensmittel und Rohstoffmengen Bezug haben“.³⁸

Im Frühling 1918 war die vollständige Besetzung der Ukraine zwar abgeschlossen, jedoch blieb die bolschewistische Regierung in Russland ein Bedrohungsszenario für die existenziellen Interessen Österreich-Ungarns in der Ukraine. Die Ukraine musste als selbstständiger und habsburgfreundlicher Staat erhalten bleiben. Österreich-Ungarn war daher an der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Lage des revolutionären Russland höchst interessiert, um schnellstmöglich Auswirkungen auf die benachbarte Ukraine zu verhindern.

Die Beurteilung der politischen Lage Sowjetrusslands und ihre Auswirkung auf die Ukraine

Die politische Lage in Sowjetrussland 1918 wurde gerne als katastrophal dargestellt. Die bolschewistische Revolution leitete, so eine Abhandlung aus 1918, die „völlige Zersetzung der öffentlichen Ordnung“ ein. Das Leben käme nun allmählich zum Stillstand. Die Regierung gehe in ihrer Gewaltherrschaft mit äußerster Härte gegen jegliche reaktionäre Aktivitäten vor. Die Bediensteten in der öffentlichen Verwaltung würden eine Abwehrhaltung einnehmen, streiken oder passiven Widerstand ausüben. Die Regierung stehe dem aber machtlos gegenüber. Die einfache Bevölkerung habe sich „mit der Ruhe der Verzweiflung in die Verhältnisse gefügt“, sie wünsche sich Frieden und habe das Gefühl, so die optimistische Annahme in jener Abhandlung, Russland sei durch die Mittelmächte besiegt worden.³⁹

Diese Sicht vertrat die Nachrichtenabteilung des k. u. k. Armeekommandos im Sommer 1918 jedoch keineswegs. Sie argumentierte, die durch die Revolution mittellos gewordene Bourgeoisie trage maßgeblich zu einer solchen Bewertung Sowjetrusslands bei. Die einst einflussreichen Verlierer der Revolution konnten mittels ausländischer Zeitungen erfolgreich die internationale Meinung über das postrevolutionäre Russland

beeinflussen.⁴⁰ Die Nachrichtenabteilung sprach von „vielfach einander widersprechenden Nachrichten und Eindrücken“, die es ihr schwer machten, „ein praktisch brauchbares Urteil über die tatsächlichen Zustände und politischen Stimmungen in der Ukraina [sic!] zu finden“.⁴¹ Vielmehr herrsche Unsicherheit über die politische Stabilität der Sowjetregierung. Trotz ihrer militärischen Niederlage sei es ungewiss, welchen politischen Einfluss die Bolschewiki auf die Ukraine ausüben könnten. Die Ukraine selbst sei instabil, so die Nachrichtenabteilung, denn sie wurde seit Beginn ihrer Unabhängigkeit weniger durch die Rada regiert, sondern vielmehr durch lokal gewählte Komitees und Kommissäre. Nun herrsche überall eine „revolutionär-anarchistische Stimmung“,⁴² die sich durch Propagandaschriften sogar auf die angrenzenden polnischen Gebiete der Habsburgermonarchie auszubreiten begann.⁴³

Diese revolutionäre Stimmung und die labile politische Situation führte die Nachrichtenabteilung auf die „Russifizierung“ der Ukraine zurück. Sie gäbe es zwar seit jeher, sie verstärke sich aber durch Revolutionsflüchtlinge, die sich vorwiegend in den Städten niederließen. Die Nachrichtenabteilung erkannte eine Bedrohung in der Arbeiterschaft der ukrainischen Städte, die eindeutig bolschewistisch gesinnt sei. Sie stamme aus allen Teilen Russlands und organisiere sich bereits in Charkow und Odessa, um eine bolschewistische ukrainische Sowjetregierung zu bilden. Besondere Sorge bereiteten aber auch die geflüchteten russischen Offiziere und Mannschaftspersonen der ehemaligen zaristischen Armee. Sie würden die Konterrevolution in Russland aus den urbanen Zentren der Ukraine heraus planen.⁴⁴ Die Offiziere würden in enger Absprache mit der Entente handeln, welche ihrerseits in der Ukraine selbst Spione unterhielt, so die Feststellung der Nachrichtenabteilung.⁴⁵ Während

38 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2175, Nr. 119.083, k. u. k. Armeekommando, Chef des Generalstabes, 18.08.1918, Darstellung der materiellen Lage der Armee im Felde, Beilage 6, Verwaltungstätigkeit in den okkupierten Gebieten, S. 4.

39 O. A., Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken, S. 25f.

40 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.132, 18.07.1918, Zustände in Russland und ihre mögliche Weiterentwicklung.

41 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 16, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Kgsgrpe (Ukr. beteiligt), NA. Nr. 11.410, 21.05.1918, Bericht über die Ukraine.

42 Ebd.

43 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 13, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.728/IV, 26.07.1918, Verhältnisse an der ukr. Grenze.

44 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 16, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Kgsgrpe (Ukr. beteiligt), NA. Nr. 11.410, 21.05.1918, Bericht über die Ukraine.

45 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 17, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 21.191, 25.08.1918, Agitation der Entente in der Ukraine.

die eigentliche ukrainische urbane Bevölkerungsschicht schwach sei und kein nationales Bewusstsein aufweise, trage die reaktionäre urbane russische Bevölkerung weiterhin einen starken russischen Nationalismus in sich. Sie würde sich sogar, so das Fazit, eher der Herrschaft der Bolschewiki fügen als einer ukrainischen Regierung.

Das langfristig bedrohlichste revolutionäre Potenzial besaßen in den Augen der Nachrichtenabteilung aber die ukrainischen Bauern. Die Neuverteilung des ukrainischen Bodens war nach dem Sturz des Zarenreiches im Gegensatz zu jener Agrarreform in Sowjetrußland noch nicht gelöst worden. Dieser Situation wohnte nun „ein gewaltiger sozialer Sprengstoff“ inne,⁴⁶ weshalb die Nachrichtenabteilung die Lösung der Agrarfrage als die wichtigste Aufgabe des neuen ukrainischen Staates beurteilte: „Gelingt sie nicht, dann ist alles verloren.“⁴⁷ Wie die russischen Bauern waren auch die ukrainischen Bauern Soldaten gewesen, die seit der Russischen Revolution mit den Ideen der bolschewistischen Landverteilungen an der Front und in den Ersatzkadern in Berührung gekommen waren. Die Forderung „Land und Freiheit“, d. h. die Neuaufteilung des Bodens und das Ende der Leibeigenschaft, ließ die anfängliche nationale Begeisterung für einen unabhängigen ukrainischen Staat zusehends in den Hintergrund treten. Da sowohl die Rada als auch der seit April 1918 durch die Mittelmächte an die Macht gelangte Hetman Pawlo Skoropadskyj (1873 – 1945) diesbezüglich säumig waren, teilten die ukrainischen Bauern mithilfe der russischen Bolschewiki den ehemaligen Großgrundbesitz einfach selbst unter sich auf.⁴⁸ Die ungelöste Landfrage und das allgemeine politische Desinteresse des ukrainischen Bauernstandes besaßen gefährliches revolutionäres Potenzial, da die Bauern sich leicht für die Revolution rekrutieren lassen würden, so die Nachrichtenabteilung abschließend.⁴⁹ Die Besetzungssoldaten der Mittelmächte befeuerten mit ihrem Handeln diese explosive Situation in der Ukraine. Denn die österreichisch-ungarischen militärischen Stellen und Fachorgane bestätigten zwar die vorhandenen Mengen an Ressourcen und Rohstoffen in der Ukraine, die beim Frieden von Brest-Litowsk ausverhandelt wurden, jedoch blieben die erwarteten Lieferungen weit unter den Erwartungen Österreich-Ungarns. Die Schuld daran wurde den Bauern gegeben, welche die

Rohstoffe nicht herausrückten.⁵⁰ Die Besetzungssoldaten machten sich daran, die Rohstoffe mit äußerster Härte von den Bauern zu requirieren, was der k. u. k. Armee einen besonders schlechten Ruf einbrachte.⁵¹

Im Juli 1918 registrierte die Nachrichtenabteilung Vorbereitungen zu einem bewaffneten Aufstand gegen den Hetman und die Mittelmächte. Unter Mithilfe der russischen Roten Garde wäre der Aufstand geplant worden, er sollte aber erst ausbrechen, wenn die russische Sowjetregierung die Gegenrevolution im eigenen Land vollständig zerschlagen hätte.⁵² Ende des Monats meldete das Nachrichtenbüro des k. u. k. Armeekommandos, die revolutionäre politische Bewegung in der Ukraine hätte den Kulminationspunkt erreicht. Die Hetman'sche Regierung von Pawlo Skoropadskyj habe es weder geschafft, die Parteien auszusöhnen, noch erlangte sie durch die Politik im Volk allgemeine Anerkennung. Neben der „Unabhängigkeitspartei“ wären nur die reichen Bauern und die Großgrundbesitzer auf der Seite des Hetmans. Er erhalte die bisherigen Besitzverhältnisse, was Kleinbauern und die Arbeiterklasse gegen ihn zusehends aufbringe. Dies gab den Sozialrevolutionären und der großrussischen Partei gleichermaßen Auftrieb – eine Entwicklung, die nur durch Pressezensur und „polizeilich-administrative Verfügungen niedergedrückt“ werden konnte. Die Folge könne bereits beobachtet werden, so die Nachrichtenabteilung, denn bewaffnete Bauern und Arbeiter hätten sich bereits in Ortschaften zu aktivem Widerstand zusammengefunden.⁵³

Doch auch innerhalb der Allianz der Mittelmächte wurde dem Hetman im August 1918 scheinbar nicht mehr gänzlich vertraut. Die Nachrichtenabteilung des k. u. k. Armeekommandos leitete einen Brief an die Quartiermeisterabteilung weiter, in dem ein in der Schweiz residierender Graf namens Michael Tyszkiewicz dem Erzbischof von Lemberg versicherte, dass der Hetman ein Verräter im Dienste der Entente sei, der das Großrussische Reich wiederherstellen wolle.⁵⁴

46 Wolfram Dornik – Peter Lieb, Die wirtschaftliche Ausnutzung, in: Dornik – Kasianov – Leidinger u. a. (Hg.), Ukraine, S. 281 – 323, hier: S. 287.

47 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 16, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Kgsgrpe (Ukr. beteiligt), NA. Nr. 11.410, 21.05.1918, Bericht über die Ukraine.

48 Ebd.

49 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.132, 18.07.1918, Zustände in Rußland und ihre mögliche Weiterentwicklung.

50 Krauß – Klingenbrunner, Die Besetzung der Ukraine, S. 365, S. 368 – 369, S. 372.

51 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.132, 18.07.1918, Zustände in Rußland und ihre mögliche Weiterentwicklung.

52 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 12, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.728/II., 26.07.1918, Vorbereitungen zu einem Aufstand gegen die Mittelmächte in der Ukraine.

53 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 11, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.728/II., 26.07.1918, Politische Lage in der Ukraine.

54 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 11, k. u. k. Armeekommando,

Das Fazit der Nachrichtenabteilung des k. u. k. Armeekommandos über die politische Situation in der Ukraine war, dass die Bevölkerung wenig von einem ukrainischen Staat halte. Im Volk sei eher die Ansicht verbreitet, die Ukraine sei ein Konstrukt aus dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk, das seine Existenz „nur der Phantasie einiger Gelehrter und unpraktischer Politiker zu verdanken hat“. Es sei, so die Nachrichtenabteilung weiter, unwahrscheinlich, dass sich die Ukrainische Republik auf Dauer von Russland völlig abschotten könnte. Auch wenn es zu keiner neuerlichen russischen Annexion komme, so werde die Ukraine mit den anderen ehemals russischen Gebieten zukünftig mit Sowjetrußland ein besonders enges Bündnis eingehen.⁵⁵

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Sowjetrußlands und ihre Auswirkungen auf die Ukraine

Die Bolschewiki begannen im Dezember 1917 mit der Nationalisierung der Fabriken, was sie in Konfrontation mit den bisherigen Industriebesitzern brachte. Dabei gingen die Sowjets zusehends rücksichtsloser gegen die Besitzenden vor. Die Industriellen verloren jegliches Interesse an der Produktion, sodass die Wirtschaftskraft Sowjetrußlands zunächst auf 5% ihrer vorherigen Leistung sank. Verursacht durch die postrevolutionären Wirren fehlte es an Maschinen und Rohstoffen, um sich wirtschaftlich erholen zu können. Ein österreichisch-ungarischer Bericht aus dem Jahr 1918 erwartete solange keine wirtschaftliche Erholung Russlands oder einen Aufbau neuer Handelsbeziehungen, wie „die Prinzipien der bolschewistischen Regierung jede Produktionskraft lähmen“ würden.⁵⁶

Auch die Nachrichtenabteilung des k. u. k. Armeekommandos kam zu einem ähnlichen Fazit über die düstere Zukunft der sowjetischen Wirtschaft. Sie berief sich in ihrer Einschätzung auf Beobachtungen, die beim „Kongress der Sowjets für Volkswirtschaft“ gemacht wurden. Im Juni 1918 bewies der Kongress die völlige Ratlosigkeit über die Aufgaben und Ziele der sowjetischen Wirtschaft. Das Einzige, was die sowjetische Regierung bislang zweifellos geschafft habe, so die Nachrichtenabteilung, war die Vernichtung einer funktionierenden Wirtschaft. Der drohende ökonomische Zusammenbruch

Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 21.193, 25.08.1918, Charakteristik Skoropadskis.

55 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102,101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 17.132, 18.07.1918, Zustände in Russland und ihre mögliche Weiterentwicklung.

56 O. A., Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken, S. 13–20.

Sowjetrußlands bringe den russischen Kommunismus selbst in größte Nöte. Die Nachrichtenabteilung empfahl, die ukrainischen Handelsblockaden zu verstärken, denn mit ihnen konnten die Mittelmächte den Druck auf Sowjetrußland erhöhen. Besonders die Ausfuhrsperrung von ukrainischer Kohle und Eisen untergrabe die russische Industrie völlig. Dieser von den Mittelmächten mittels der Ukraine geführte Wirtschaftskrieg gegen die Sowjets verhindere die Vereinigung Sowjetrußlands mit den übrigen Teilen des ehemaligen Zarenreiches.⁵⁷ Wenn der „deutsch-österreichische und der ukrainische Kapitalismus gegen den russischen Sozialismus gleichzeitig“ Sturm laufe, so das Fazit der Nachrichtenabteilung, werde „die kommunistische Volksherrschaft in kürzester Zeit zur inhaltlosen Formell“.⁵⁸ Andere Beobachtungen der wirtschaftlichen Situation Russlands kamen wiederum zu dem Schluss, dass das bolschewistische System deswegen kollabieren werde, da die Bauern und Arbeiter Russlands Eigentum erwerben wollen. Dies werde zwangsläufig zum Ende der sozialistischen Staatswirtschaft führen, da die Bolschewiki dadurch ihre Basis verlieren würden.⁵⁹

Die Wirtschaftspolitik der Sowjets hatte es sich auch zum Ziel gesetzt, den Vertrag von Brest-Litowsk neu auszuverhandeln.⁶⁰ Die Unabhängigkeit der Ukraine im November 1917 und die ukrainischen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag mit den Mittelmächten waren das ökonomische Hauptproblem der jungen Sowjetregierung. Zwar rief diese im November 1917 das Selbstbestimmungsrecht der Völker des ehemaligen Zarenreiches aus, jedoch akzeptierten die Bolschewiki auch aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus eine unabhängige Ukraine nicht. Im Verband des ehemaligen Russischen Reiches war die Ukraine das reichste Land und damit das wirtschaftliche Rückgrat der russischen Macht. Die Ukraine besaß die fruchtbarste Erde und war als Kornkammer für das Getreide im gesamten Zarenreich verantwortlich. Die Ukraine produzierte für Russland 60% des Weizens, 88% des Zuckers, 60% des Eisens, 70% der Steinkohle, 98% des Anthrazits und ebenso viel Prozent des Kokes.⁶¹ Allesamt Rohstoffe, die nun durch die Ausfuhrsperrungen nicht mehr nach Russland exportiert werden

57 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102,101, Fortlaufende Zahl 3, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 14.900, 24.07.1918, Wirtschaftspolitik der Sowjets.

58 Ebd.

59 O. A., Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken, S. 16.

60 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102,101, Fortlaufende Zahl 6, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 15.085, 06.07.1918, Stellungnahme der russ. Industriellen zum Brester Friedensvertrag.

61 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2636, Ukraine Akten, Nr. 16.439, 17.03.1918, k. u. k. öst-ung. Beigeordneter bei der deutschen Landesverwaltung in der Dobrukscha.

konnten. Die Organisation der russischen Industriellen gab im Juni 1918 sogar zu, dass die Unabhängigkeit der Ukraine und der Friedensvertrag von Brest-Litowsk Russland in eine äußerst schwierige Lage bringe. Russland und die Ukraine hätten gegenseitige wirtschaftliche Interessen, weshalb beide Teile wieder ein Ganzes werden müssen, entweder mittels einer staatlichen Vereinigung oder durch einen Zoll- und Wirtschaftsverband. Für die russischen Industriellen wäre dieser Verband jedoch nur ein erster Schritt zur politischen Wiedervereinigung. Beim „Kongress der Sowjets für Volkswirtschaft“ im Juni 1918 wurden sogar Stimmen laut, dem ausländischen Kapital der Mittelmächte die Türe in verstaatlichte russische Betriebe zu öffnen, um den ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten. Diese Verbindung des russischen Kommunismus mit dem kapitalistischen Imperialismus war für den Leninismus eigentlich inakzeptabel und wurde von der Nachrichtenabteilung des k. u. k. Armeekommandos als „Kapitulation nach Aussen [sic!] und im Innern“ bezeichnet.⁶²

Die Beurteilung der Roten Armee Sowjetrusslands und die Auswirkungen auf die militärische Lage in der Ukraine

Am 28. Jänner 1918 veröffentlichte die Sowjetregierung ein Dekret zur Gründung der „Roten Armee“, auch „Rote Bauern- und Arbeiterarmee“ genannt.⁶³ Bereits bei ihrer Gründung kam der Roten Armee als Kriegsfaktor allerdings keine Bedeutung mehr zu. Die Oktoberrevolution 1917 vollendete den seit Februar beginnenden Zerfall der russischen Streitkräfte.⁶⁴ Das Nachrichtenamt des k. u. k. Armeekommandos stellte im Juli 1918 fest, dass es vollkommen

ausgeschlossen sei, dass die heimgekehrten russischen Soldaten sich jemals wieder für den Krieg begeistern und zu einer schlagkräftigen Armee zusammenschließen werden, denn ihr Interesse gelte nur der Bewirtschaftung des von den Bolschewiken zugewiesenen Landes. Tatsächlich schlossen sich von diesen Heimkehrern nur wenige der neuen Armee der Sowjetregierung an.⁶⁵ Da diese allerdings schon während der Verhandlungen in Brest-Litowsk ukrainische Städte und Bahnknotenpunkte besetzt hatte, begannen die Mittelmächte am 18. Februar ihren Vormarsch auf ukrainisches Gebiet.⁶⁶ Als die österreichisch-ungarischen Truppen die ehemaligen russischen Frontlinien überschritten, fanden sie zumeist verfallene Vorfeldhindernisse und Stellungen vor.⁶⁷ Die Mittelmächte konnten wegen des Zerfalls der russischen Armee bis Ende Februar 1918 ohne nennenswerten Widerstand in die Ukraine vorstoßen.⁶⁸

Durch diesen Vorstoß verschob sich die Grenze zwischen den Mittelmächten und dem Sowjetstaat beträchtlich Richtung Osten in russisches Gebiet. Nach der russischen



Verlassene russische Stellungen bei Nowostawce nach dem 18. Februar 1918 (HGM)

62 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 6, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA. Nr. 15.085, 06.07.1918, Stellungnahme der russ. Industriellen zum Brester Friedensvertrag.

63 Wladimir Kolossowsky, Die Rote Armee der Sowjetunion, in: Militärwissenschaftliche und Technische Mitteilungen. Herausgegeben vom österreichischen Bundesministerium für Heerwesen, Jahrgang LVII, Wien 1926, S. 297–305, hier: S. 297.

64 O. A., Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken, S. 10f.

65 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeekommando, Nachrichtenabteilung an Q. Abt. des AOK, NA, Nr. 17.132, 18. Juli 1918, Zustände in Russland und ihre mögliche Weiterentwicklung.

66 Krauß – Klingensbrunner, Die Besetzung der Ukraine, S. 361–364, S. 377.

67 O. A., Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken, S. 10f.

68 Alfred Dragoni, Die öst.-ung. Operationen zur Besetzung der Ukraine 1918, in: Militärwissenschaftliche und Technische Mitteilungen. Herausgegeben vom österreichischen Bundesministerium für Heerwesen, LIX. Jahrgang, Wien 1928, S. 267–288, hier: S. 268–274.

Ratifikation des Friedensvertrages von Brest-Litowsk am 3. März 1918 befand sich die neue Demarkationslinie zwischen dem Asowschen Meer im Süden und dem Peipussee in Estland im Norden. Russland hatte letztendlich ein Drittel seines europäischen Territoriums eingebüßt. Österreich-Ungarn baute seit März 1918 die Front zu Russland ab. Die frei gewordenen Kampftruppen der k. u. k. Armee wurden an den italienischen Kriegsschauplatz verlegt und durch Sicherungseinheiten und eine großteils frontuntaugliche Besatzungsarmee ersetzt. Sie war über das ukrainische Gebiet verteilt und sollte die im Vertrag von Brest-Litowsk vereinbarten Lieferungen überwachen.⁶⁹

Die Sowjetregierung versuchte im Frühling 1918, ihre bewaffnete Macht zu reorganisieren. Im Juni berichtete das k. u. k. Armeekommando von den bislang erfolgten Anstrengungen: Die oberste Militärbehörde für operative Belange der Roten Armee nannte sich nun „*Allrussischer oberster Kriegsrat*“ und wurde von Leo Trotzki geführt. An die Stelle des ehemaligen Kriegsministeriums trat der „*Kriegswirtschaftliche Rat beim Kollegium der Volkskommissäre*“. Bis Ende Mai teilte die bolschewistische Regierung Russland in elf Militärbezirke ein. Die Militärbezirke unterteilten sich wiederum in die „Gouvernements-Militärgebiets-Kommissariate“, die je nach Bevölkerungsdichte das Personal der Roten Armee zu stellen hatten. Das k. u. k. Armeekommando berichtete im Mai 1918 an den Chef des Generalstabes Arthur Arz von Straußenburg über die begonnene Zusammenfassung der Waffengattungen und Abteilungen der Roten Armee zu einheitlich organisierten höheren Verbänden: Trotz des Versuches herrsche in weiten Teilen der Formationen Willkür statt Ordnung. Die tatsächliche Stärke der Roten Armee war nicht zu eruieren, jedoch konnte das k. u. k. Armeekommando beobachten, dass die unmittelbar an der Demarkationslinie zur besetzten Ukraine stationierten Divisionen in keinsten Weise dem Sollstand entsprachen. Bataillone enthielten drei oder vier Kompanien zu je 100 bis 250 Mann. Teilweise gäbe es in den Regimentern keine Mannschaftspersonen, sondern nur Offiziere. Die Anwerbung durch die Kommissariate wäre ineffizient,⁷⁰ obwohl diese den Freiwilligen sehr hohe Löhne in Aussicht stellten.⁷¹ Das System der Anwerbung und des freiwilligen Eintrittes in die Rote Armee werde die Staatsfinanzen langfristig komplett aufbrauchen. Die Sowjetregierung sehe dieses System daher selbst als Provisorium. Die zerrütteten politischen Verhältnisse in Russland machten

es ihr aber unmöglich, zur allgemeinen Wehrpflicht überzugehen. Aufgrund der Schwäche der Roten Armee habe die Sowjetregierung Ende Mai 1918 begonnen, Zwangsrekrutierungen unter den ärmsten Teilen der Bauern und Arbeiter der Jahrgänge 1893 bis 1897 vorzunehmen. Ihr Wehrdienst sei auf sechs Monate begrenzt und habe allein den Zweck, die Rote Armee im Hinblick auf die Bekämpfung der Gegenrevolution kampfbereit zu halten. Um die Demarkationslinie zur besetzten Ukraine zu sichern, gäbe es auch öfters Teilmobilisierungen, da auch hier die Anwerbung auf freiwilliger Basis nicht funktioniere. Diese Teilmobilisierungen wären aber laut k. u. k. Armeekommando nicht ernst zu nehmen, da die Sowjetregierung für eine tatsächliche Mobilisierung aller wehrfähigen Männer ohnehin nicht die Macht habe. Das k. u. k. Armeekommando kam zu dem Schluss, dass die Rote Armee in den sechs Monaten ihres Bestehens die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Sie sei kein kampftüchtiges Werkzeug und in äußerst desolatem materiellen und moralischen Zustand. Ihr fehle die Achtung vor jeder staatlichen Autorität – eine Einstellung, welche die Bolschewiki durch ihre Revolution selbst verschuldet hätten. Die Rote Armee werde erst dann zu einem militärischen Machtfaktor in der Region werden, wenn die inneren Verhältnisse geordnet und dadurch die Armee neu strukturiert werde. Zu einer größeren Aktion oder der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten sei die Rote Armee nicht fähig.⁷²

Ausblick

Die Bolschewiki strebten seit ihrer Machtergreifung einen Staat an, der auch die ehemaligen russischen Randgebiete des ehemaligen Zarenreiches und damit neben Polen auch die Ukraine umfassen sollte. Den Verlust der Ukraine und den Frieden von Brest-Litowsk nahmen die Bolschewiki nicht hin. Der Zusammenbruch der Mittelmächte im November 1918 veränderte auch die Lage in der Ukraine. Im Waffenstillstand von Villa Giusti am 3. November 1918 verpflichtete sich Österreich-Ungarn, seine Truppen aus den besetzten Gebieten abzuziehen. In der Ukraine machten die Bolschewiki ihren Machtanspruch sofort geltend. Im Jänner 1919 wurde die „*Ukrainisch Sozialistische Sowjetrepublik*“ ausgerufen. Während Teile des westukrainischen Gebietes 1921 an die Tschechoslowakei und an Polen fielen, konnten die Bolschewiki bis 1922 die regierungsfeindlichen Bewegungen im ukrainischen Hinterland beseitigen.⁷³

69 BMLV – Kriegsarchiv (Hg.), Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914–1918, Bd. 7: Das Kriegsjahr 1918, Wien 1938, S. 145–148.

70 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 18, k. u. k. Armeekommando, Chef des Generalstabes an MV beteiligt, Op. Nr. 143.443, Baden, 23.06.1918, Rote russ. Armee.

71 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 5, AOK. Q. Abt, o. D., Kosten der Petograder – Roten Armee.

72 KA, FA, AOK, QuAbt, Akten, K. 2247, Kriegsgruppe 1918, Q. Nr. 102.101, Fortlaufende Zahl 9, k. u. k. Armeekommando, Chef des Generalstabes an MV beteiligt, Op. Nr. 143.443, Baden, 23.06.1918, Rote russ. Armee.

73 Musial, Die Ukrainepolitik des bolschewikischen Russlands, S. 374–389.